

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

3.5.1929 (No. 102)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil

Bezugspreis: Monatlich 3,20 RM. einj. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Zentimeter Breite.

* Barrikadenkämpfe in Berlin

Die Vorgänge in Berlin müssen jeden ernsthaften Politiker mit Sorge erfüllen. Bei diesen Vorgängen hat es sich nicht mehr um eine Maifeierdemonstration oder um Zusammenstöße gehandelt, die durch unglückliche Verkettung von Umständen hervorgerufen wurden, sondern um die ganz planmäßige Provokation von Straßenkämpfen.

Bis jetzt hat es bei den Barrikaden- und Straßenkämpfen in Berlin 12 Tote und viele schwere Verletzungen auf beiden Seiten der Kämpfenden gegeben. Das ist ein beschämendes Ergebnis. Verantwortlich dafür sind einzig und allein die kommunistischen Drahtzieher.

Besonders schlimm an dem Buch ist aber die Art der Darstellung. Sölz fühlt sich als Räuberhauptmann und versteht es, seine Leser bei ihrem Gefühl für Räuberromantik und bei ihrer Eitelkeit zu packen.

Mit Politik im ernstesten Sinne dieses Wortes hat das alles gar nichts zu tun. Und es wird viele Politiker geben, die sich die Frage vorlegen, was ihre sorgsame Sozialpolitik der letzten Jahre, vor allem die Arbeitslosenversicherung, eigentlich für einen Zweck hat.

Unter allen Umständen werden die Regierung und die Polizei mit großer Energie durchzugreifen haben. Es ist zu beklagen, daß man zu scharfen Abwehrmaßnahmen schreiten muß. Denn, wie schon oben gesagt, ist es gar nicht zu vermeiden, daß einzelne Untervorgänge bei diesen Abwehrmaßnahmen sich zu Unbesonnenheiten hinreizen lassen.

Letzte Nachrichten

Die Pariser Besprechungen Reparationen und interalliierte Schulden

Wien, 3. Mai. (Tel.) Zu den gestern wieder aufgenommenen Privatbesprechungen der Delegierten der Reparationskonferenz berichtet „Matin“, man schein nach der Richtung hin zu arbeiten, im Rahmen des Möglichen die Mobilisierung von 13 Milliarden Reichsmark, die den eigentlichen Reparationsbeitrag bilden, zu gewährleisten.

Sichtlich der Rückzahlung der interalliierten Kriegsschulden in Höhe von 26 Milliarden Kapitalwert würde man sich damit begnügen, von den Deutschen die Verpflichtung zu verlangen, daß sie sämtliche dafür notwendigen Zahlungen decken. Man würde jedoch die entsprechenden Annuitäten nur für einen Zeitraum von 10 bis 12 Jahren ziffernmäßig festlegen.

Nach der „Volonté“ soll Reichsbankpräsident Dr. Schacht nach seiner Unterredung mit Owen Young gestern abend erklärt haben: „Die privaten Besprechungen dauern bis Montag an. Wir glauben noch, daß es möglich ist, zu einer allgemeinen Verständigung zu gelangen.“

Die Säuberungsaktion in Berlin

Durchsuchungen in Wedding und Neukölln W.B. Berlin, 3. Mai (Tel.) Um eine Wiederholung der Vorgänge der letzten Tage zu verhindern, hat die Polizei heute vormittag eine große Aktion unternommen. Sämtliche Häuser der in Betracht kommenden Straßen im Stadtteil Wedding und in Neukölln wurden einer gründlichen Durchsuchung nach Waffen und verdächtigen Personen unterzogen.

Dabei wurden im Stadtteil Wedding zwei Personen festgenommen und zwar ein Mann mit dem Revolver in der Hand und ein Jugendlicher, bei dem man eine Menge gestohlener Sachen aus einem ausgeplünderten Stahlwarengeschäft fand. In Neukölln nahm man drei Kommunisten fest, darunter einen Kuffen.

Zahlreiche Waffen aller Art und Totschläger wurden im Stadtteil Wedding gefunden und beschlagnahmt. Ferner sind noch 47 Sistierungen vom 1. Mai zu melden und 38 Festnahmen aus der vergangenen Nacht.

Unruhen auch in Hamburg

W.B. Hamburg, 3. Mai (Tel.) In den gestrigen späten Abendstunden kam es auf dem Grobneumarkt und in den ihm mündenden Straßen wiederholt zu Ansammlungen rädelführender Elemente, so daß ein starkes Polizeiaufgebot erforderlich wurde. Im Hafengebiet ereigneten sich vereinzelt Ausschreitungen, wobei Arbeitswillige von Streikenden angegriffen und durch Steinwürfe verletzt wurden.

Deutschfeindliche Kundgebungen in Polen

W.B. Warschau, 3. Mai (Tel.) Gestern fanden in Krakau, Lwów, Posen und anderen Städten der Westprovinzen deutschfeindliche Kundgebungen polnischer Hochschüler und anderer polnischer Verbände statt. Überall verhielten sich Demonstranten, insbesondere vor den deutschen Konsulatsgebäuden, zu demonstrieren, was ihnen nach vorliegenden polnischen Meldungen nur in Posen gelungen ist.

Hier zerschlugen die Demonstranten das deutsche Schild vor dem Konsulat, rissen die Schilder vor dem „Posener Tageblatt“ herunter, zerstörten die Tafel vor dem evangelischen Gemeindehaus und vernichteten sämtliche deutschen Plakate und Wäpser, die in Kiosken, Hotels, Kaffees usw. aufgaben. Im Verlaufe dieser Demonstrationen kam es zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten, wobei es auf Seiten der Studenten etwa 50 Verletzte gab. Die Demonstrationen, an denen etwa 2000 Studenten teilnahmen, dauerten zwei Stunden.

Fürst Bülow, der vierte deutsche Reichskanzler, der seinen Lebensabend in Rom zubringt, ist 80 Jahre alt geworden. Der Reichspräsident, der Reichskanzler wie auch andere hohe Staatsstellen, haben den Fürsten telegraphisch beglückwünscht. Die Presse gedenkt des Wirkens des Fürsten Bülow in zahlreichen Artikeln.

Reichsratsbeschlüsse. Der Reichsrat erklärte sich am Donnerstag mit dem vom Reichstag angenommenen Gesetzentwurf über erweiterten Schutz der Schwangeren und Wöchnerinnen einverstanden.

Wirtschaftliche Umschau

Eine öffentliche Bausparkasse für Baden — Hessen und die Südwestdeutsche Gas A. G. — J. G. Farben in Amerika

Durch einen Beschluß des Badischen Sparkassen- und Giroverbandes, der kürzlich in Pforzheim tagte, wird für Baden eine öffentliche Landesbausparkasse mit dem Sitz in Mannheim errichtet, die unter die Aufsicht des badischen Innenministeriums gestellt wird, die erste öffentliche Bausparkasse in Deutschland, der voraussichtlich bald weitere folgen werden.

Schon bisher gab es eine Reihe privater nach englischen und amerikanischen Vorbildern errichteter Bausparkassen, gegen deren Tätigkeit sich aber dauernd Bedenken erhoben. In diese Klassen schießen die Bau- und Sparlustigen ihre Spargelder zusammen, in bestimmten Zeitabschnitten werden dann die eingezahlten Gelder entweder im Wege der Auslösung oder nach einem anderen Verteilungsschlüssel als Baugelder oder Tilgungsdarlehen ausgegeben. Es ist klar, daß das System viele Störungs- und Unsicherheitsfaktoren enthält und auch auf dauernden Neuzuzug von Geldern angewiesen ist.

Die Satzungen der neuen badischen öffentlichen Landesbausparkasse werden wohl demnächst veröffentlicht werden. Sie dürften sich den vom deutschen Sparkassen- und Giroverband herausgegebenen Richtlinien anschließen. Die Werbung, Annahme der Spargelder und Ausgabe der Baugelder soll durch die Sparkassen geschehen, denen auch die Prüfung der Pläne, die Beförderung der ersten Hypotheken (etwa 40 Proz. des Haus- und Grundstücks-werts) und der Hauszinssteuerhypotheken mit verbilligtem Zinsfuß obliegt. Für die Reiffinanzierung soll dann der Bausparvertrag, auch durch Gewährung unfindbarer billiger Tilgungsdarlehen eintreten. Die Bausparvertragssumme soll mindestens 25 Proz. der gesamten Bankkosten betragen, mindestens 3000 RM. Die Frist für die Spar- und Darlehenszeit und die Höhe der Bausumme kann sich der Bausparer, der sich zu festen monatlichen Einzahlungen verpflichtet, je nach seinen Einkommens- und Vermögensverhältnissen selbst wählen. Die Wartezeiten werden gewährleistet, sie sind von Zinsen und Abgängen unabhängig. Wann der Einzelne zum Bauen kommt, hängt sowohl davon ab, über wieviel Eigenkapital, sei es auch nur durch Grund und Boden oder selbstschuldnerische Bürgschaft anderer, er verfügt, wie auch von seinen Beiträgen.

Die Entscheidung über die Gaserverversorgung in Hessen soll nun demnächst fallen. Es handelt sich dabei darum, ob sich die „Hessische Kommunale Gasgesellschaft“ (Hefoga) der hessischen Städte den Bestrebungen der „Südwestdeutschen Gas A. G.“ in Frankfurt a. M. anschließt oder nicht. Diese ist bekanntlich vor etwa Jahresfrist begründet worden und will die Gasversorgung Südwestdeutschlands in Gruppengaswerken einheitlich zusammenfassen, einerseits ohne in Abhängigkeit von der Ruhrgas A. G. zu kommen, andererseits unter Offenlassen der Frage, ob nicht auch von der Ruhr in einem späteren Zeitpunkt der Spitzenbedarf bezogen werden kann. Nachdem der Südwestdeutschen Gas A. G. sich die größten Städte Nord- und Mittelbadens, Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe und Pforzheim, angeschlossen haben, fehlen noch die hessischen Städte als Mittelglied. Bleiben sie weg, dann würde sich, da ja Leitungen durch Hessen nach Baden gelegt werden müßten, sollen die geplanten Gruppengaswerke in Verbindung treten, der Aufbau der Südwestdeutschen Gas A. G. erheblich erschweren. An Hessen ist die Ruhrgasversorgung, der die Gemeinden allerdings widerstreben, weil sie privatmonopolistische Tendenzen befürchten, mit recht niedrigen Angeboten her-

ten ist. Polizisten sind keine Engel. Und können es auch nicht sein! Sonst wären sie einer tobenben, schreienden, schiekenden und mit Steinen werfenden Menge gegenüber machtlos!

angetreten, die etwa Berechnungen bei der Erzeugung in einem eigenen Kokerbetrieb in Mainz entsprechen. Höher würde sich der Bezug von Ferngas aus dem Saargebiet stellen. Eine nun veröffentlichte Kostenaufstellung berichtigt dabei allerdings den Fernleitungsdienst noch nicht. Der Aufsichtsrat der „Gefoga“ will demnächst endgültige Beschlüsse fassen.

Der deutsche Farbentwurf, die I. G. Farben, hat nun zusammen mit amerikanischen Banken, der Standard Oil und Ford in Amerika eine Spitzengesellschaft gegründet, die im Gegensatz zu der vor einem Vierteljahr erfolgten Vergrößerung der I. G. Chemie Basel nicht nur der Kapitalbeschaffung dient, sondern der Überbau für zum Teil bereits bestehende große Fabrikunternehmungen ist. Die Aktienwerte der neuen Gesellschaft „American I. G. Chemical Corporation“ betragen bei der Gründung über 60 Millionen Dollar. Die Gesellschaft gibt 30 Millionen Dollar Schuldverschreibungen aus und hat Beteiligungen an sehr bedeutenden amerikanischen Farben- und Photofabriken erworben. Dies ist das Ergebnis der Amerika-reise leitender Persönlichkeiten des deutschen Farbentwurfs. Die Generaldirektor Vösch nach seiner Rückkehr erklärte, besteht mit der übrigen chemischen Großindustrie Amerikas ein freundschaftliches Verhältnis. Schon seit längerem war die I. G. Farben in Amerika interessiert, da die Amerikaner mit den beschlagnahmten Fabrikationsverfahren und Patenten für Farben und photographische Artikel ohne eigene Erfahrung gegenüber der deutschen Einfuhr nicht hatten konkurrieren können und deshalb die Deutschen wieder beteiligten.

Die amerikanische Spitzengesellschaft stärkt die Position der I. G. auf dem Weltmarkt weiter gegen die einzige noch bestehende große Konkurrenz auf dem Farbengebiet, den englischen Imperial Chemical Industrietrust, nachdem nun, wie gemeldet, in Basel mit der französischen und schweizerischen Industrie, d. h. mit fast allen auf dem Kontinent bestehenden Teerfarbenfabriken, weitgehende Abmachungen zustande gekommen sind. Übrigens wird auch eine Einbeziehung des englischen Farbentwurfs in die kontinentale Chemievertändigung erstrebt, der durch das Aufheben der I. G. Farben in Amerika vielleicht der Weg bereitet wird.

Ein weiteres Gebiet, über das man sich mit dem größten amerikanischen Oligarchen, der Standard Oil Co. of New Jersey einigte, bildet die Anwendung der synthetischen Verfahren (mit denen in Deutschland aus Braunkohle Benzol und andere Mineralöle hergestellt werden) auf die Herstellung von Benzol aus Kohle, weil dadurch erheblich höhere Benzolausbeuten gewonnen werden als mit dem bisher üblichen Crackerfahren. Dabei erfährt man, daß es gelungen ist, die Qualität des Leuna-Kunstbenzols so zu verbessern, daß ein klopffreier Brennstoff erzielt wird. Aus diesem Grund will jetzt die I. G. Farben den Vertrieb ihres Motolins einschränken. *

Aus dem Reichstag

Auszug der Kommunisten nach Schimpfkanonaden — Erklärung des Sozialisten

Die blutigen Revolten in den Berliner Straßen haben dem Agitationsbedürfnis der kommunistischen Partei offenbar noch nicht Genüge getan, sie wollte als Parallelation am Donnerstag auch einen Krach im Reichstag herbeiführen. Bei Beginn der Sitzung beantragte der kommunistische Abg. Bied die sofortige Beratung eines Antrages auf Aufhebung des Demonstrationenverbotes. Die Begründung dieses Antrages benutzte er zu maßlosen Beschimpfungen des Berliner Polizeipräsidenten und der sozialdemokratischen Abgeordneten. Er hatte dabei gewisse Eigenschaften der Chorbegleitung seiner Parteifreunde im Saale. Einmal erhob sogar drohend ein Altknüttel, aber zum Handgemein kam es nicht.

Nach der Ablehnung des kommunistischen Antrages und nach eilichen Ordnungsrufen betrat der zweite Kommunist die Tribüne. Es war Gschke, der unter weiteren Schimpfreden den sofortigen Abbruch der Sitzung verlangte. Auch dieser Antrag verfiel der Ablehnung. Mit den Kommunisten stimmten nur die Nationalsozialisten, während die Deutschnationalen sich der Stimme enthielten. Als dritten schiedten nun die Kommunisten ihren Fraktionsführer Stöder vor, der erklärte, nunmehr würden die Kommunisten als Protest gegen die Ablehnung ihrer Anträge den Saal verlassen. Die Mehrheit des Hauses wurde durch diese „Drohung“ keineswegs erschreckt, quittierte vielmehr die Antikündigung mit dankbarem Bravo. So glatt und einfach vollzog sich aber der Auszug der Kommunisten nicht. Erst gab es einen Gesangsbeitrag. Die ganze kommunistische Fraktion sang liegend den ersten Vers der Internationale. Es wäre eine ganz annehmbare gelangliche Leistung gewesen, wenn nicht jeder versucht hätte, den anderen zu überhöhen.

Nach dem Auszug der Kommunisten — die Sitzung war auf eine halbe Stunde unterbrochen worden — wurde die zweite Beratung des Haushalts des Arbeitsministeriums fortgesetzt und zu Ende geführt. Es ging schneller, weil ja die Kommunisten nicht zur Verlängerung der Debatte beitragen konnten. Unter den Jungfernrédern befand sich auch der Sohn des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert, der aus Brandenburg an der Havel in die sozialdemokratische Fraktion hineingewählt worden ist. Er trat für die Förderung der Landarbeiterleistungen ein. Nach der Annahme des Haushalts in zweiter Beratung mit einer Entschließung, die den Ausbau der Arbeitsfürsorge fordert, wurde noch ohne Debatte das internationale Übereinkommen über die Arbeit von Kindern und Jugendlichen auf Schiffen angenommen.

Am heutigen Freitag begann die Sitzung schon um 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushalts für Ernährung und Landwirtschaft.

Bürgermeisterwahl in Breslau. Die Stadtverordneten in Breslau wählten den sozialistischen Reichstagsabgeordneten und Provinziallandtagsabgeordneten, BezirksparteiSekretär Wache zum Bürgermeister auf die gesetzliche Amtsdauer von 12 Jahren. Abgegeben wurden insgesamt 86 Stimmen, davon erhielt Wache 59, der Syndikus des Arbeitgeberverbandes, Dr. Schimmelpfennig, 22, und Stadtrat Töbler 1 Stimme. Ungültig waren 4 Stimmen.

Die Berliner Maiunruhen

Fortdauer der Zusammenstöße

In Berlin kam es am Donnerstag im Norden der Stadt sowie in Neukölln zu weiteren blutigen Zusammenstößen. In Neukölln hielten die Kommunisten Barrikaden besetzt, gegen welche die Polizei heute nacht mit Panzerautos und Maschinengewehren vorging. Mit den im Krankenhaus Verstorbenen sind bei den verschiedenen Kämpfen bisher 12 Tode, 100 Verwundete zu verzeichnen.

Die nächtlichen Kämpfe in Neukölln

W.D. Berlin, 3. Mai. (Tel.) Der Schauplatz der nächtlichen Kämpfe in Neukölln macht bei Tagesanbruch einen wüsten Eindruck. Die Hermannstraße ist durch die Barrikaden auch weiterhin gesperrt, ebenso die Zietenstraße. In der Ring-Gandjeh-Strasse und der Steinmetzstraße haben die Kommunisten die hohen alten Bäume gefällt und quer über die Straße gelegt. Von den Häusern sind Baugerüste abgerissen und zum Barrikadenbau verwendet worden. Auf den Baustellen der Untergrundbahn in der Hermannstraße sind die Baubuden zerstört, das Inventar, darunter die Kleidung der Arbeiter, entwendet, die Zeichnungen zertrümmert. Auch das Handwerkszeug ist gestohlen worden, wie alles, was nicht niest- und nagelfest war. In vielen Bäden wurden die Schaufenster und Schaukästen zertrümmert und die Anlagen geplündert.

Die Polizei rückte gegen 4 1/2 Uhr mit einem Mienenaufgebot an und hat in allerweitestem Umfange das ganze Stadtviertel vom Bahnhof Hermannstraße bis zum Hermannsplatz abgesperrt. Die Fenster müssen weiterhin geschlossen gehalten werden. Die Polizei beobachtet, den Korben allmählich enger zu ziehen und die besonders verdächtigen Häuser systematisch durch Kriminalbeamte nach Waffen absuchen zu lassen, da einmündig feststeht, daß von kommunistischer Seite Schusswaffen auch schweren Kalibers verwendet worden sind, wie die auf der Straße gefundene Munition beweist. Es ist einwandfrei festgestellt worden, daß es sich bei den nächtlichen Angriffen in der Hauptsache um Vandalen halbwüchsiger Burschen handelt, die vorzüglich organisiert waren, einen regelrechten Vorpfordienst und ein Hauptquartier unterhielten und gezielte Aktionen gegen einzelne von der Polizei besetzte Punkte unternahmen.

Gegen 6 Uhr morgens begann die Straßenbahngesellschaft mit einem Sonderkommando die Barrikaden wegzuräumen, um wenigstens die Schienen der Straßenbahn frei zu machen. Die Demonstranten hatten sich offenbar darauf vorbereitet, im Falle eines Angriffes der Polizei die Barrikade mit Benzin zu übergeben und in Brand zu setzen. Die Polizei macht sich jetzt daran, die verdächtigen Häuser zu untersuchen. Die Aufräumungsarbeiten in der Steinmetz- und in der Zietenstraße gestalten sich sehr schwierig, da hier überall die schweren eisernen, für den Bau der Untergrundbahn bestimmten Träger quer über die Straßen gelegt sind und außerdem an verschiedenen Stellen das Pflaster aufgerissen worden ist.

Gegen 8 Uhr vormittags hatte die Polizei die ganze Hermannstraße in Neukölln besetzt. Die Barrikaden sind größtenteils beseitigt. Die Kriminalpolizei ist noch immer dabei, Haus für Haus systematisch nach Waffen zu untersuchen. Zahlreiche Schuss- und Schlagwaffen wurden beschlagnahmt und eine ganze Reihe von Personen, die Waffen mit sich führten, ist festgenommen worden. Der Verkehr ruht noch immer und dürfte erst gegen Mittag aufgenommen werden. Die Bauarbeiter der Untergrundbahn haben geschlossen die Arbeit niedergelegt, da sie, wie sie sagen, nicht unter Polizeiaufsicht arbeiten wollen. Die Polizei hat die Pflicht, das ganze Viertel bis in die kommende Nacht hinein besetzt zu halten, um eine Wiederholung der Ereignisse der letzten Nacht, besonders die Aufführung von Barrikaden, zu verhindern. Von kommunistischer Seite werden allenthalben Flugzettel aufzuhängen Inhaftes verteilt.

Der Untergrundbahn- und Straßenbahnverkehr in den durch die Barrikadenkämpfe betroffenen Straßen von Neukölln ist seit 9 Uhr wieder aufgenommen worden. Durch den Streik der gesamten Bauarbeiter bei Karstadt ist die Inbetriebnahme des Kaufhauses, die bereits auf den 15. Mai verschoben worden war, bedeutend weiter verzögert worden.

Kommunistische Streikagitation

W.D. Berlin, 3. Mai. (Tel.) Infolge der dauernden Klaffungen der SPD durch die „rote Fahne“, durch Flugblätter, Schreien in den Versammlungen usw. hat heute in zahlreichen Betrieben die Arbeiterschaft als „Protest gegen das Verhalten der Polizei“ teils geschlossen, teils gruppenweise die Arbeit niedergelegt. Im Einzelnen sind Betriebe mit 1 bis 1800 Mann Beschäftigten betroffen worden.

Im Laufe des heutigen Vormittags haben die 1800 Arbeiter und Arbeiterinnen der Zigarettenfabriken Manoli und Jofetti die Arbeit niedergelegt. Die Kommunisten scheuen auch nicht davor zurück, die Arbeiter durch Drohungen und Gehaltanwendung sich gezwungen zu machen. So wurden die Arbeiter auf verschiedenen Baustellen durch Drohungen zur Niederlegung der Arbeit gezwungen. Viele Arbeiter haben aber bereits erklärt, daß sie ihre Tätigkeit sobald wie möglich wieder aufnehmen werden.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei veröffentlicht einen Aufruf, in dem es heißt: „Die Taten und Verbrechen Berlins sind für die kommunistischen Agitationsmaterial und nichts anderes. Diese Opfer sind auf Befehl der kommunistischen Zentrale gefallen! Das ist die Wahrheit! Arbeiter, laßt Euch von der bantrotten Komm. Partei und ihren Moskauer Drahtziehern nicht zu Handlungen mißbrauchen, die letzten Endes nur den geschworenen Feinden der Republik und des Proletariats zugute kommen!“ Die Berliner Ortsausschüsse des A.D.G.V., der Afa und des A.D.V.V. haben in einem Aufruf ihre Anhänger aufgefordert, etwaigen Parolen zum Streik keine Folge zu leisten. In gewerkschaftlichen Kreisen legt man dem Streikaufruf des sog. Streikkomitees keine Bedeutung bei.

Verbot der „roten Fahne“ und des „Vollstechens“

Der Polizeipräsident von Berlin hat die Zeitungen „rote Fahne“ und „Das Volkstuch“ auf die Dauer von drei Wochen bis einschließlich 28. Mai verboten.

Die Straßburger Spionageangelegenheit

W.D. Paris, 3. Mai. (Tel.) Bei der Aufdeckung einer Spionageangelegenheit in Straßburg soll es sich angeblich um die Beschaffung des Modells eines neuen leichten Maschinengewehrs handeln, das die französische Armee erhalten habe. Verhaftet wurde ein 23jähriger Mechaniker namens Friedrich Lorenz, der in Straßburg wohnt und der sich das bewusste Modell bei einem Waffenhändler in Hagenua habe beschaffen wollen. Als Komplize wurde ein deutscher Staatsbürger namens Wilhelm Neuhardt verhaftet, der hant an der pfälzischen Grenze ein Wirtshaus betreibt. Er sei im Besitz der Grenzübergangsakte und soll regelmäßig nach dem Elsaß gekommen sein.

Die Pariser „Spionageaffäre“ der Schweizerin Tanner ist aufgeklärt, da das bei ihr vorgefundene Schriftstück vollkommen wertlos ist und von Spionage keine Rede sein kann.

Meuterei auf engl. Kriegsschiffen während des Krieges

W.D. London, 3. Mai. (Tel.) Laut „Daily Chronicle“ enthüllen die heute veröffentlichten Memoiren des Admirals Sir Reginald Tappin, der das 10. britische Kreuzergeschwader, die Flotte bewaffneter Handelsschiffe, die die See zwischen Skottland und Island bewachte, befehligte, zwei Meutereien, die während des Krieges vorgekommen, jedoch aus der von Sir Archibald Hurd verfassten amtlichen Geschichte dieses Geschwaders „rein zufällig“ ausgelassen worden seien. Heizer auf Schiffen des 10. Geschwaders hätten wegen Lohnungsfragen meutert, und in beiden Fällen endete die Meuterei damit, daß die Meuterer in Meß und Glied aufgestellt wurden und ihnen die Wahl zwischen der Wiederaufnahme ihrer Pflichten oder der Entlassung gelassen wurde. Der Admiral bemerkt trocken, daß die Meuterer ersteres gewählt hätten.

Die gebräuchlichsten Sprachen der Welt. Die letzte bekannte Statistik über Sprachenverbreitung ist von Engländern aufgestellt und geht bis ins Jahr 1920 zurück. Danach wäre Englisch die verbreitetste Sprache der Welt, die von rund 100 Millionen Menschen in England, Amerika, Südafrika und Australien gesprochen wird. Es folgen: Russisch, das von 100 Mill. Deutsch, das von 90 Mill., Französisch, das von 70 Mill., und Italienisch, das von 65 Mill. Menschen gesprochen wird.

Der Lohnschicksel im Ruhrbergbau vom 22. April 1929 ist vom Reichsarbeitsminister von Amts wegen für verbindlich erklärt worden.

Zusammenstöße nach einer Söls-Verammlung haben sich in Chemnitz ereignet. Zwei Polizeibeamte wurden schwer, drei weniger schwer verletzt. Neun Personen wurden festgenommen.

Die deutsch-österreichische Strafrechtskonferenz wird voraussichtlich vom 8. bis 10. Juni in München wieder tagen.

Badischer Teil

Der Hafenverband des Rheinstromgebiets

Im Bürgeraal des Rathauses in Karlsruhe trat, wie schon kurz gemeldet, am Montagvormittag die diesjährige Hauptversammlung des Hafenverbandes des Rheinstromgebietes zusammen. An Stelle des Oberbürgermeisters Dr. Kuhl, Mainz, der den Vorsitz infolge Überarbeit überlegte, eröffnete der stellvertretende Vorsitzende, Weigeordener Haas, Köln, die Tagung, indem er die zahlreichen Teilnehmer und insbesondere die Vertreter des Finanzministeriums und der Stadtverwaltung herzlich begrüßte.

Bürgermeister Schneider entbot den Willkommgruß der Stadt Karlsruhe, wobei er der Hoffnung Ausdruck verlieh, daß die günstige geographische Lage Badens sich in nicht allzu ferner Zukunft zum Vorteil des Landes und der Stadt auswirken werde. Man habe trotz der Schäden, die uns der Krieg gebracht hat, den Latoptimismus nicht verloren. Der Vorsitzende erwiderte mit Worten des Dankes für die Gastfreundschaft und erwies Karlsruhe die Reverenz, daß es eine schöne Stadt sei und einen aufstrebenden Rheinhafen besitze.

Zu Punkt 1 — Wahl des Vorsitzenden — teilte Weigeordener Haas mit, daß sich Oberbürgermeister Kuhl nach telefonischer Unterredung schließlich doch entschlossen habe, im Vorstand zu bleiben. Die Wahl des Vorsitzenden wurde deshalb bis zur nächstjährigen Hauptversammlung vertagt.

Der schriftlich vorliegende Geschäftsbericht für 1928/29 fand ohne Aussprache Zustimmung. Der Hafenverband umfaßt 48 Mitglieder, nämlich 37 Hafengemeinden, eine staatliche Hafenverwaltung, 4 Hafenbetriebsgesellschaften und außerdem einen Verband als Mitglied auf Gegenseitigkeit. Es entfallen auf den Oberrhein 5 Häfen, den Mittelrhein und Main 9, den Niederrhein mit Saar 15 und auf das Kanalgebiet 13, zusammen also 42 Häfen.

Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß über den Stand der Verhandlungen in der Frage des Überganges der Wasserstraßen auf das Reich noch nichts bekannt ist. Das Reichsverkehrsministerium steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Reform der Wasserstraßenverwaltung ein dringendes Bedürfnis sei. Die Länder begründen ihren Widerstand mit dem von ihnen wahrzunehmenden Interesse der Landeskultur. Ein 27er-Ausschuß, der alle gemeinsamen Fragen des Verkehrs zwischen Reichsbahn und Binnenschifffahrt begutachtet bearbeiten soll, und in welchem Reichswasserstraßenbetriebe, Reichseisenbahnen und Reichswirtschaftsräte vertreten sind, hat 1928 seine Arbeiten aufgenommen. Trotz der im Gange befindlichen Untersuchungen, so heißt es weiter, bestehe die Wettbewerbssituation der Reichsbahn gegen die Wasserstraßen weiter; sie sei nach wie vor bestrebt, die Binnenschifffahrt auszuscheiden. Der Bericht klagt dann über die Benachteiligung der Schifffahrt und damit auch der Häfen durch die am 1. Oktober v. J. eingeführte allgemeine Erhöhung der Schiffsabgaben. Er begrüßt die Freistellung der Binnenschifffahrt von den Bestimmungen über die Arbeitszeit und Sonntagsruhe im Entwurf des Arbeitszeitgesetzes und wünscht die gleiche Behandlung auch für die Umschlagsbetriebe. Am 1. Januar 1929 wurden im Gebiet des Rheines einschließlich des Rheines, der norddeutschen Kanäle und der Weser die alten Lade- und Löffelstrafen des Binnenschifffahrtsgesetzes durch die neuen kürzeren Strafen ersetzt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden in rascher Folge die Regularien erledigt. Die Bestimmung des nächstjährigen Tagungsortes bleibt dem Vorstand überlassen.

Zum Schluß hielt Hafenbetriebsrat Pfeiff, Karlsruhe, einen Vortrag über das Thema „Der Einfluß der Tarifpolitik der Reichsbahn-Gesellschaft auf die Rheinschifffahrt“. Es handelte sich dabei im wesentlichen um einen Bericht über die dreitägigen Verhandlungen der Rheinkommission, die in der ersten Hälfte des Aprils in Mannheim stattgefunden haben. Danach bestand nach dem Ergebnis der hier gepflogenen Generalausprache allgemein — auch bei den Vertretern der Seehäfen — der Eindruck, daß die Rheinschifffahrt durch die Tarifpolitik der Reichsbahn in der Tat fortwährend geschädigt wird. Der Referent sprach die Erwartung aus, daß die Reichsbahn-Gesellschaft diese Bestellungen der Rheinkommission beherzigen und die gegen die Rheinschifffahrt gerichtete Tarifpolitik baldigt durch verständnisvolle Maßnahmen zum Nutzen der gesamten deutschen Volkswirtschaft (Verbesserter Beifall).

Der Vorsitzende schloß darauf die Hauptversammlung, der am Nachmittag eine Besichtigung der Karlsruher Hafenanlagen folgte.

Der neue Präsident des Badischen Molkereiverbandes

Der Verbandsauschuß des Badischen Molkereiverbandes e. V. Karlsruhe hat in seiner Sitzung am 1. Mai 1929 an Stelle des wegen hohen Alters zurückgetretenen Präsidenten, Bürgermeister Alois Vermattingen, den Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Milchzentrale Schepfling, Landwirt Erwin Kerpel, Lohrbach, einstimmig zum Verbandspräsidenten gewählt. Herr Klop, Vermattingen, bleibt dem Molkereiverband als Vizepräsident erhalten.

Wir Blinde!

Zum Wamstag des Badischen Blindenvereins am 8. Mai 1929
Von Alexander Neuh, Schwetzingen

„A. — Sterben ist nicht — doch leben und nicht sehen, das ist ein Unglück!“

Diese Worte Schillers sind der erschütternde Schmerzensschrei des Vollsinners, vor dem unerwartet und schonungslos das Bewußtsein des Schicksals tritt, welches im Worte „blind“ verborgen liegt.

Gibt es hier einen Trost am Hilfe, die mehr ist als ein Lohn und eine unfruchtbar Verlängerung des Daseins?

Das Altertum hat zum Teil diese Frage verneint und verdammte den Blindgeborenen zum Tode durch Aussetzung und andere Mittel, wenn nicht der Aberglaube vor einer inneren Sehergabe des Blinden der Volkmeinung andere Wege wies. — Auch das Christentum, das die gerechte alte Welt mit dem Sauertrieb einer neuen Sittenlehre durchdrang, die Kirche, die die Liebe des Nächsten verkündete und die Erhaltung und Pflege auch des Armen, Kranken und Schwachen erstrebte, konnte dem Blinden nichts bieten, als die Hoffnung auf das Jenseits und den Trost von der Allweisheit eines liebenden und gerechten Gottes.

Wie sehr auch noch in der beginnenden Neuzeit die Blindheit als ein Fluch, eine Strafe und als das härteste aller Schicksale empfunden ward, sehen wir in der erschütternden Vergeltung, die Schafepaz im „König Lear“, dem Bruder des unglücklichen Herrschers zuteil werden läßt. Lear und Gloster empfangen als Folge ihrer ungerechten Diebstahls und (im zweiten Falle) der Verletzung der Ehe die Strafe des Wahnsinns und der Blindheit — der größten Leiden, welche der Dichter der Welt- und Menschenschicksale zu finden wußte.

Dah in der Tat die Blindheit im Mittelalter als die schwerste Strafe angesehen wurde, die den Gegner den Tod bei Lebzeiten empfinden lassen sollte, sehen wir aus den zahlreichen Blendungen durch den Sieger, die häufiger waren, als wir heute ahnen. So finden sich unter den Nachkommen Karls des Großen in den ersten Generationen 18, die ihr Augenlicht durch gewaltsame Blendung verloren. Der griechische Kaiser „Bulgaretonos“ ließ ein Heer von 10 000 Bulgaren, das sich ihm ergeben mußte, Mann für Mann blenden; nur der jeweils hunderte Gefangene durfte ein Auge behalten, um die verkrüppelte Schar in die Heimat zurückzuführen.

Eine Kette des Leidens knüpft sich somit an den Zustand der Blindheit — bis weit in die Neuzeit hinein. Die Begriffe „blind“ und „Bettler“ waren dieselben, und die einzige Wohlthat, die man den Blindgeborenen oder Späterblindeten gewähren konnte, war eine erträgliche leibliche Verpflegung in der Familie oder in einem Stiefenhaus.

Erst das Aufklärungszeitalter schenkte uns die Grundlagen, auf denen sich das heutige Blindenwesen entwickeln konnte. Rousseau und Diderot in Frankreich und Basedow in Deutschland bereiteten den Boden vor, der auch dem Blinden eine „natürliche und menschenfreundliche“ Erziehung gewähren sollte, und Valentin Haüy in Paris war es, der es erstmalig versuchte, auch dem Nichtsehenden das Leben durch berufliche Ausbildung zugänglich zu machen und ihn so vollwertig dem Volksganzen einzugliedern.

In Deutschland waren es zu Beginn des 19. Jahrhunderts Johann Wilhelm Klein in Wien und Jeanne in Berlin, die die „Philanthropie“ Basedows auf die Blinden anwandten, und die dem Leben der Blinden eine Richtung geben, welche alle in ihnen noch vorhandenen Werte zu heben und zu betätigen geeignet seien. Auch wurde für das deutsche Blindenwesen das Beispiel und die Tätigkeit des blinden H. Weichenburg aus Mannheim von hervorragender Bedeutung. — Die Gründung von Blindenanstalten in allen Teilen Deutschlands kennzeichnet die Fürsorgebestrebungen für die Nichtsehenden in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Die Ausbildung, welche sie vermittelten, erstreckte sich — und erstreckt sich noch heute — auf handwerkliche und geistige Gebiete, auf die Ausbildung in der Stuhl- und Mattenflechterei, der Korbmacherei, Bürstenmacherei, Seilerei, Strickeri, Klavierstimmen, Musikausübung und Musikunterricht.

Damit waren auch dem Blinden die Pforten zum Leben geöffnet, an denen er Jahrtausende gestanden, um das Almosen der Vorübergehenden aufzufangen in den suchenden Händen, die nur bitten konnten, und er griff von nun an bewußt und zielstrebig in die Speichen des Rades, dem er früher willentlich hatte folgen müssen durch das Dasein.

Er war nicht mehr der Bettler, sondern der Arbeiter, der seine Erzeugnisse und sein Können verwenden wollte, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen wie der Mensch seiner Umwelt, von dem ihn früher die Schranke der Dunkelheit getrennt hatte. Die von einem Blinden erfundene Braille'sche Blindenschrift setzte ihn in den Stand, sich Aufzeichnungen zu machen, die er selbst wieder lesen konnte, und erschloß ihm auch die Schätze der Geisteswelt auf den verschiedensten Gebieten, welche uns die Schöpfer des Schrifttums und der Tonkunst geschenkt haben.

Nach diesen Erfolgen der Blindenerziehung und Ausbildung war es verständlich und in der Entwicklungslinie der ganzen Blindenbewegung begründet, daß die erwachsenen Blinden den Gedanken an eine weitere Selbständigmachung Raum gaben. Alle Hilfe war für sie bisher stets von außen gekommen — zuerst von den Almosengebern, dann von den Menschenfreunden, stets aber von der Umwelt, welche zuerst die Kräfte wecken mußte, die in der Seele auch der Nichtsehenden schlummerten. Nun aber, nach der Erträgeung der Blinden, regte sich in ihnen der Wunsch, ihr Schicksal nach der Ausbildung in den Blindenanstalten ganz in die eigene Hand zu nehmen und so die Blindheit bis zu einem Grade zu meistern, der sich von der Selbstständigkeit des Vollsinners in kaum etwas unterscheidet. Dies wenigstens ist das „Ziel“ der heutigen Blindenbewegung. Wie ein jedes Hoffnungsbild, wird es sich wohl kaum je voll und ganz verwirklichen lassen, und wird zumindest stets des Verständnisses der Mitmenschen bedürfen; aber die Selbsthilfebestrebungen der Blinden dienen doch in hohem Maße dazu, den Wert der Blindenarbeit zu heben und ihnen das für den Lebenskampf unentbehrliche Gefühl zu geben: Das Leben ist wert, gelebt zu werden! Wir sind nicht die Paria des Schicksals, und wenn der Tod uns die Pforten der Ewigkeit öffnet, so können wir sagen: „Wir haben nicht umsonst gelebt!“

Daß dieser Entwicklungsengang ein naturnotwendiger und an sich gegebener ist, zeigt uns die Allgemeinheit der erwachsenen Selbsthilfebestrebungen. Es gibt keinen Teil des deutschen Vaterlandes, in dem sich nicht Landesblindenevereine gebildet hätten, und alle diese Vereine und Vereinigungen bilden in ihrer eigenen Entwicklung auf das Beispiel Badens, welches den ersten deutschen Landesblindeneverein begründet hat, und wo die Selbsthilfebestrebungen der Nichtsehenden Hand in Hand mit dem Verständnis der Vollsinners bisher die besten Ergebnisse gezeitigt haben. Darum möge auch der Wamstag für die badischen Blinden 1929, welcher in der Hauptsache der Schaffung von Arbeit und Werkstätten für die Blinden dient — allen Mitmenschen zurufen: „Versteht, was wir wollen! Laßt uns als eure Brüder und Schwestern mit euch durchs Leben gehen, mit denen ihr verbunden seid durch die Gleichheit der Arbeit und des Volkes!“

Das ist die Hilfe, welche wir heute von dem Lebenden erbiten.

Badischer Landtag

Der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung ist am Donnerstag in die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes zur Abänderung des Fürsorgegesetzes für Gemeindefürsorge und Körperbeschaffungsbeamte eingetreten.

Im Badischen Landtag hat auch die völksparteiliche Fraktion eine förmliche Anfrage in Sachen der Karlsruher Oligo-Verammlung eingebracht.

Die Stuttgarter Wasserversorgung

Nach Zeitungsnachrichten plant die Stadt Stuttgart zur Verbesserung ihrer Trinkwasserbeschaffung dem auf badischem Gebiet entspringenden Gebiet der Enz, der Gschach (unterhalb der badischen Landesgrenze), Wasser zu entnehmen und über württembergisches Gebiet nach Stuttgart abzuleiten. Die Forstheimer Landtagsabgeordneten haben dieserhalb eine förmliche Anfrage im Badischen Landtag gestellt, worin es u. a. heißt:

Die geplante Wasserentnahme aus der Enz würde lebenswichtige wirtschaftliche Interessen der etwa 150 000 Einwohner umfassenden Gemeinden des gesamten Enztales, wie z. B. die Interessen der an der Enz liegenden Triebwerke, des Fremdenverkehrs und der Fischerei, schwer schädigen. Noch folgenschwerer aber wäre die Schädigung für die öffentliche Gesundheit der an der Enz gelegenen Gemeinden, darunter der Stadt Forstheim, sowie der badischen Gemeinden Eutingen und Nierern. Die Regierung wird befragt, ob sie bereit sei, im Benehmen mit der württembergischen Staatsregierung zu erreichen, daß einem etwaigen Gesuche der Stadt Stuttgart auf Wasserentnahme aus der Enz die Genehmigung verweigert wird.

Genossenschaftliche Landestagungen

Die großen 1430 Genossenschaften mit etwa 200 000 Einzelmitgliedern gebildeten Genossenschaftsorganisationen, Verbände badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften (Körperschaft), Badische landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft e. G. m. b. H., Badische Landwirtschaftsbank e. G. m. b. H. und Badischer Kellereiverband e. V., Karlsruhe, halten ihre diesjährigen Verbandstage und Generalversammlungen am Mittwoch, den 15., und Donnerstag, den 16. Mai 1929, im großen Saal der städtischen Festhalle in Karlsruhe ab.

Die Tagungen erhalten dadurch eine besondere Bedeutung, als Reichsernährungsminister Hermann Dietrich, der schon seit Jahren Mitglied der badischen landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Badischen Landwirtschaftsbank ist, dazu erscheinen und dazu ein zeitgemäßes Referat halten wird. Das Erscheinen des Ministers wird ganz gewiß Anlaß geben, daß diese Tagungen aus dem ganzen Lande stark besucht werden. Hat heute doch jeder Landwirt ein Interesse, aus beruflichem Mund zu hören, was zur weiteren Förderung der Landwirtschaft und der Abbremsung ihrer Schwierigkeiten geschehen wird.

Aus der badischen Industrie

Die Lohnbewegung in der Maschinenindustrie des Schwarzwaldes. In der gestrigen Nachverhandlung vor dem Schlichter schlossen die Parteien eine Vereinbarung auf Grund des Schiedspruches.

Von der Universität Freiburg

Bei der am 27. April erfolgten 1. Immatrikulation wurden 884 Studierende neu aufgenommen. Auf die einzelnen Verteilung entfallen auf die theologische 19, auf die rechts- und naturwissenschaftliche 248, auf die medizinische 290, auf die philosophische 182, und auf die naturwissenschaftlich-mathematische Fakultät 135. Unter den Immatrikulierten befinden sich 204 Frauen.

Die Erhebung der Kirchensteuer für 1929

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht eine Verordnung des Ministers des Kultus und Unterrichts über die vorläufigen Steuerentwürfe, auf Grund deren die Religionsgemeinschaften berechnungsberechtig sind, Vorauszahlungen für das Kirchensteuerjahr 1929 zu erheben.

Aus der Landeshauptstadt

Todesfall. In Wätern, wo er seit einigen Tagen im Ruhestand lebte, starb im 77. Lebensjahre Generalleutnant a. D. Friedrich Wolff. 1907 wurde er, der zuletzt Brigadeführer der 62. Inf.-Brigade war, zur Disposition gestellt, 1916 erhielt er den Charakter als Generalleutnant. Die Beisetzung findet in seiner Heimatstadt Karlsruhe statt.

Christian-Schmitt-Gedenkstein. Auf Anregung der Karlsruher Ortsgruppe des Hilfsbundes für die Elbehochwasser im Reich, hatte sich seinerzeit ein Ausschuss gebildet mit dem Ziel, dem in Karlsruhe vor Jahresfrist verstorbenen und beigesetzten „Sänger des Elbs“, Christian Schmitt, auf seiner letzten Ruhestätte auf dem Karlsruher Friedhof einen würdigen Gedenkstein zu errichten. Die Vorbereitungsarbeiten dazu gehen nunmehr dem Abschluß entgegen, und die Feier der Einweihung des Gedenksteines, an der u. a. auch Vertreter von Behörden sowie zahlreiche Freunde der Kreis Schmitt aus Baden wie anderwärts teilnehmen werden, ist auf Sonntag, den 2. Juni, festgesetzt.

18 000 Besucher der Süddeutschen Gastwirtsmeße. Die 11. Süddeutsche Gastwirtsmeße in der Städtischen Ausstellungshalle zu Karlsruhe hatte bis Donnerstagabend eine Besucherzahl von 18 000 aufzuweisen. Am Freitagvormittag wurde die Messe von dem Vizepräsidenten des Badischen Landtags, Abgeordneten Maier-Heidelberg, und mehreren Landtagsabgeordneten besucht. Seit Donnerstag sind die Kreisrichter an der Arbeit. Die Kochkunstausstellung ist neu besetzt.

Eine Aktiengesellschaft zur Förderung des Wohnungsbaus. In Karlsruhe wurde unter Führung der Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau vorm. Gebr. Selsmann in Essen mit einem Aktienkapital von 100 000 M eine Wohnungsbau-Aktiengesellschaft ins Leben gerufen, deren Zweck der Bau von Wohnungen aller Art und Finanzierungen von Wohnungsbauten ist. Dem ersten Aufsichtsrat gehören an Generaldirektor Weidmann, Hoch- und Tiefbau, A.-G., Essen, Ehrenbürger der Technischen Hochschule Karlsruhe (Aufsichtsratsvorsitzender), Rechtsanwalt Dr. Helmut Dreifuss, Karlsruhe (stellvertretender Vorsitzender), Rechtsanwalt und Notar Ewald Levens, Essen, und Direktor Müller von der Gl.-L.-A.-G., Essen. Unter der Leitung von Architekt Professor Dr. Alfer, Karlsruhe, soll demnächst ein Block an der Hecks-, Alois-, Schneckler- und Schwarzwaldbühnen erstellt werden.

Ballettmeister Harald Josef Fürttenau ist von der Theatergemeinde der Mannheimer freien Volkshühne eingeladen worden, am 10. Mai in Mannheim mit dem Ballett des hiesigen Landesheaters einen Tanzabend zu geben. Unter anderem wird Strawinsky's „Petuschka“ zur Aufführung gelangen. Die Badominion von Widdob hat Harald Josef Fürttenau zu einem Tanzgastspiel eingeladen.

Doppeljubiläum bei der Karlsruher Nach- und Schließgesellschaft m. b. H. Nachdem am 1. April 1904 die Gesellschaft gegründet, am 15. April 1904 mit 6 Mann der Betrieb aufgenommen, wurde mit dem 1. Mai 1904 die Gesellschaft endgültig weitergeführt. In den ersten Jahren entwickelte sich das Unternehmen nur langsam, bis im Juli 1908 Hauptmann a. D. Hermann Petermann die Gesellschaft übernahm und führte. Ab da beschäftigte die Gesellschaft schon 15 Mann. Schon kurz nach Gründung trat Herr Bingen Baumgärtner bei der Gesellschaft als Wächter ein. Durch seine besondere Tätigkeit und Eifer konnte er es schon in kurzer Zeit zum Oberwächter, Kontrolleur und Inspektor bringen. Im Jahre 1914 wurde Herr Baumgärtner zum Geschäftsführer eingesetzt. Die langen Kriegsjahre konnten dem Unternehmen keinen Einhalt gebieten, mit Mühe und Not wurde der Nachdienst aufrecht erhalten. Als jedoch am 6. Januar 1921 plötzlich der alleinige Geschäftsführer, Herr Major a. D. Petermann, starb, hinterließ er in seinen Bestimmungen, Herrn Baumgärtner, seinen bisherigen Geschäftsführer, als alleinigen Inhaber der Gesellschaft mit allen Anteilen einzusetzen. So können heute die Karlsruher Nach- und Schließgesellschaft und ihr Direktor, Bingen Baumgärtner, gemeinsam ihr Silberjubiläum feiern. Das Unternehmen beschäftigt heute 23 Mann.

In flüssiges Eisen gekürzt. Der bei Junter & Ruy beschäftigte 28 Jahre alte verh. Arbeiter Willy Odenwald aus Philippsburg hatte das Unglück, in siedendes Eisen zu fallen. Er zog sich schwere Brandwunden im Gesicht und an der Brust zu.

Kurze Nachrichten aus Baden

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt enthält eine Bekanntmachung des Justizministers über die Inkraftsetzung des reichsgesetzlichen Grundbuchrechts, ferner eine Verordnung des Ministers des Kultus und Unterrichts über die Erhebung der Landes- und Kreis Kirchensteuer für 1929.

D. B. Mannheim, 2. Mai. Direktor Dr. Peter Müller, Waghäusel, von der Süddeutschen Zuder-Aktiengesellschaft, Mannheim, ist im Alter von 46 Jahren nach langem schweren Leiden gestorben.

D. B. Mannheim, 2. Mai. Heute vormittag haben 240 Kinder hiesiger Volksschulen Mannheim mit einem Sonderzug verlassen, um sich zu einem vierwöchentlichen Aufenthalt nach dem Landerholungsheim Heuberg zu begeben. Es handelt sich um 8 Klassen des 7. Schuljahres, die in Begleitung ihrer Lehrer diese Reise machen. Die Kinder werden während der Erholungszeit auf dem Heuberg ihren regelmäßigen Unterricht erhalten.

Ob. Bruchsal, 2. Mai. Das Selbstmordopferamt und das neue Fernamt in Bruchsal werden am Samstag, den 4. Mai, in Betrieb genommen. Die Umschaltung von den alten auf die neuen Anlagen findet in der Zeit von 17 bis 19 Uhr statt.

D. B. Offenburg, 2. Mai. In Anwesenheit von Justizminister Dr. Trunk und Ministerialdirektor Dr. Schmidt fand heute die feierliche Verabschiedung des Landesrichterspräsidenten Dr. Großfänger und die Einführung des neuen Präsidenten Dr. Kurzmann statt. Der Justizminister widmete dem in den Ruhestand tretenden verdienten Präsidenten herzliche Worte. Großfänger wird seinen Wohnsitz nach Freiburg verlegen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	2. Mai		1. Mai	
	Geld	Mark	Geld	Mark
Amsterdam 100 G.	169.43	169.77	169.39	169.73
Kopenhagen 100 Kr.	112.38	112.59	112.38	112.60
Italien 100 L.	22.09	22.13	22.075	22.115
London 1 Pf.	20.45	20.49	20.448	20.488
New York 1 D.	4.2135	4.2215	4.2135	4.2215
Paris 100 Fr.	16.47	16.51	16.47	16.51
Schweiz 100 Fr.	81.19	81.35	81.19	81.35
Wien 100 Schilling	59.17	59.29	59.172	59.295
Prag 100 Kr.	12.473	12.493	12.471	12.491

Der Privatdiskont wurde für beide Sichten um je $\frac{1}{4}$ Proz. auf $\frac{7}{8}$ Proz. erhöht.

Der Status der Reichsbank

Nach dem neuen Reichsbankausweis vom 30. April erscheint der Moment nahergerückt, in dem die Reichsbank die Anwendung der Transferrückstellungen vom Reparationsagenten verlangen kann. Dieser hat bisher seine Devisenkäufe in dem normalen Umfang der Vormonate weiter fortgesetzt und nur insofern Zurückhaltung geübt, als er die im April über das Normalmaß hinausgehenden Eingänge nicht transferierte mit dem Ergebnis einer namhaften Steigerung seines Reichsbank-Girokontos. Es ist aber wohl unwahrscheinlich, daß der Agent seine Käufe auch nach der Deckungsabnahme der Reichsbank fortsetzen kann.

Die Bestände der Reichsbank an Geld und deckungsfähigen Devisen insgesamt haben sich um 227,9 Millionen auf 1 990,9 Millionen vermindert. Die Abnahme entfällt auf die Goldbestände, die sich um 287,3 Millionen auf 1801,6 Millionen Reichsmark verringert haben. Die Bestände an deckungsfähigen Devisen haben um 59,4 Millionen auf 99,4 Millionen Reichsmark zugenommen. Die Deckung der umlaufenden Noten durch Gold allein stellt sich auf 40,8 Proz. gegen 55,6 Proz. in der Vorwoche, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen auf 43,0 Proz. gegen 56,6 Proz. in der Vorwoche.

Es handelt sich allerdings um einen Ultimatumausweis, der einer besonders starken Belastung ausgesetzt ist. Es wird sich nun zeigen, ob die Notenrückläufe aus der Ultimatumstellung das Deckungsbild verbessern. Im anderen Fall, und namentlich wenn die Devisenabflüsse anhalten, ist mit einem neuen Diskonterhöhung zu rechnen.

Kleine Chronik

Die Osterreife des „Graf Zeppelin“

Nach beinahe 14tägiger Fahrt bei wenig günstiger Witterung ist „Graf Zeppelin“ Donnerstagabend 18.30 Uhr von seinem Wiener Besuch nach Friedrichshafen zurückgekehrt und glatt gelandet. Er besuchte nach Graz dann zum zweitenmal Wien, und auf dem Rückflug das Salzammergut. Damit flog das Luftschiff der bayerischen Gebirgsflotte südlich von München entlang.

Unter der Anschuldigung des Giftmordes

Die 50jährige Hofbesitzerin Anna Lukenberger aus Schwabmünchen (Bayer.-Schwaben) wurde unter dem Verdacht, eine ganze Reihe von Giftmorden und Mordversuchen begangen zu haben, verhaftet. Vor einiger Zeit starb ihr Vater und acht Wochen später ihre Mutter, ohne daß sie vorher krank gewesen waren. Zu Ostern starben plötzlich alle vier Kinder der Lukenberger, angeblich an einer Darmkrankheit, worauf sie einen Selbstmordversuch unternahm. Da sie fürchtete, daß bei einem gegen sie schwebenden Entmündigungsverfahren der Stadt-obersekretär Schrott, bei dem sie keine Hausarbeiten verrichtete, zum Kurator bestellt werden würde, versuchte sie dieses und seine aus vier Personen bestehende Familie zu vergiften, indem sie ihnen Arsenik in die Milch schüttete.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Das von der Biskaya herangezogene Tief hat heute Kurs von Südfrankreich nach Norditalien genommen. Unter dessen Einfluß kam es gestern und heute wieder vielerorts zu Regenfällen mit kurzen Aufheiterungen. Für die nächsten Tage besteht daher Aussicht auf besseres Wetter mit zunehmender Erwärmung, da es über der Nordsee zum Aufbau eines vorerst noch flachen Hochdruckgebietes gekommen ist, das sich in Richtung auf das Festland erweitern und uns eine Hochdruckperiode von einigen Tagen Dauer bringen wird. Wetterausblick: Aufheiternd, Nachlassen der Regenfälle und etwas wärmer.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Enteignung zugunsten der Firma Ziegelwerk Buchholz G. m. b. H. in Haslach.

Das Staatsministerium hat mit Entschliebung vom 27. April 1929 Nr. 4354 ausgesprochen:

1. Zum Zweck der Ausführung einer Seilsehwebbahn durch die Firma Ziegelwerk Buchholz G. m. b. H. in Haslach, nach Maßgabe der vorgelegten Pläne von ihrer neuen Seilsehwebbahn auf Gemarkung Fischerbach zu der Fabrikanlage in Haslach werden die Grundstücke Lsg. Nr. 1452, 1453, 1459, 1460, 1462 (fürsorglich auch Nr. 1458) der Gemarkung Haslach gegen vorgängige Entschädigung mit einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit des Inhalts belastet, daß der genannten Firma gestattet wird, über die Grundstücke eine Seilsehwebbahn zu führen und sie während der Bauzeit und zum Zweck der Unterhaltung und Beaufsichtigung der Anlage durch Beauftragte betreten zu lassen; die Übertragung der Ausübung der Dienstbarkeit während Bestehens der Anlage auf einen anderen ist gestattet; die Dienstbarkeit erlischt mit der endgültigen Beseitigung der Anlage.

2. Eine Änderung des Planes soll nicht eintreten.
3. Die Frist zur Einleitung des Entschädigungsverfahrens wird auf 2 Wochen festgesetzt.

Karlsruhe, den 1. Mai 1929.

Der Minister des Innern.

Remmels.

Bekanntmachung.

Lebensrettung.

Herr Josef Osa, Kaufmann in Konstanz, Brauneggerstr. Nr. 16, rettete am 24. Februar 1929 den 9 Jahre alten Volksschüler Paul Heim vom Tode des Ertrinkens im Bodensee in der Nähe der Seestrasse hier. Ich spreche dem Genannten für das bei diesem Rettungswert bewiesene mutvolle und entschlossene Handeln die öffentliche Anerkennung aus.

Konstanz, den 27. April 1929.

Der Bad. Landeskommissar für die Kreise Konstanz, Sillingen und Waldshut: Dr. Hartmann.

Öffentliche Aufforderung der Nachlassgläubiger gemäß § 2061 BGB.

Nachlass auf Ableben des am 24. August 1928 verstorbenen Hoteliers Christian Wille in Mannheim L. 13. 20 betreffend.

Als Bevollmächtigter zweier Miterben des im Vetreff genannten Hoteliers Chr. Wille in Mannheim fordere ich die Nachlassgläubiger des genannten Chr. Wille hiermit öffentlich auf, ihre Forderungen binnen 6 Monaten bei mir oder bei dem Nachlassgericht, nämlich dem Badischen Notariat II in Mannheim anzumelden.

Mannheim, den 2. Mai 1929.

J. Gentil,

Rechtsanwalt, O 7, Nr. 2.

Zuchtwiehmarkt.

In Verbindung mit dem Viehmarkt in Griesheim am 10. Mai 1929 findet dortselbst ein Zuchtwiehmarkt der Zuchtgenossenschaft Waldshut statt.

Aufgetrieben werden: Fohlen, Kinder, Kalbinnen. Marktbeginn 9^{1/2} Uhr vormittags. 518

Zuchtgenossenschaft Waldshut.

Leichenwagen

Liefert für Hand und Be-
spannung als Spezialität
4 neue verschiedene
Leichenwagen
sind preiswert abzugeben

Joseph Gunz

Wagenbauanstalt 358

Achern (Baden)

Instituts- u. Privat- Gelder

auf Hypotheken
Anlage und Be-
schaffung durch:

Aug. Schmitt

Hypothekengeschäft

Karlsruhe

Hirschstraße 43

Telephon 2117

Gegründet 1879, 484

0.927. Bähl. Die am

1. II. 27 wegen Trunksucht

verfügte Entmündigung

des am 23. IX. 68. in

Rappelwindel geborenen

St. ebenda wohnhaften

Josef Klöpfer wurde am 9.

IV. 1929 aufgehoben.

Bähl, den 27. April 1929.

Antsgericht I.

0.909. Karlsruhe. Das

Kontursverfahren über das

Vermögen des Karl Stadel,

Buchdrucker in Karlsruhe,

Kaiserstraße 191, wurde

mangels Masse eingestellt.

Karlsruhe, den 26. April

1929.

Geschäftsjahre des Amts-

gerichts A. 9.

Hochbauarbeiten für Ver-

größerung der Stellwerke

1, 2 und 3 im Bahnhof

Mühlheim nach d. v. Reichs-

bedingungsanspruch auf-

gestellten allgem. Bestim-

mungen für die Vergabung

von Bauleistungen öffentl.

zu vergeben: Die Maurer-

Steinhauer- (rote Natur-

sandsteine), Zimmer-, Mlech-

ner-, Schieferbeder-, (Natur-

schiefer), Glas-, Schreiner-,

Schlosser- und Anstreicher-

arbeiten. Pläne und Bed-

dingnisheft beim Reichs-

bahnbaubeamt. Freiburg,

Wilhelmstr. 48 Zimmer 6

zur Einsicht, daselbst auch

Abgabe der Angebotsvor-

drude solange Vorrat. An-

gebote mit entspr. Auf-

schrift, postfrei bis 15. Mai

1929, 10 Uhr, einzureichen.

Zuschlagsfrist 3 Wochen.

Freiburg, 2. Mai 1929

Reichsbahnbaubeamt.

Maul- und Klauenseuche
Nach den Meldungen der Bezirksärzte waren am 1. Mai 1929 im Lande Baden noch vor-
handen:
Amtsbezirke: Kehl: Gemeinden: Diersheim.
Überlingen: Homberg.
Badisches Statistisches Landesamt

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurruhefetzungen usw.
der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Zum Gendarmerieoberwachmeister Gendarmeriehauptwach-
meister Hermann Klais in Malsch, Amt Ettlingen.

Planmäßig angestellt:

Ministerialamtsgehilfe August Sterk im Ministerium des
Innern.

Befördert:

Verwaltungsobersekretär Albert Blatt beim Bezirksamt
Schopfheim zu jenem in Melsbach, Verwaltungsobersekretär
Gustav Gäßler beim Bezirksamt Karlsruhe zur Landesber-
eicherungsanstalt Baden.

Justizministerium

Ernannt:

Staatsanwalt Dr. Alfred Seitz in Heidelberg zum Amts-
gerichtsrat in Mannheim, Gerichtsassessor Hermann de Millas
aus Mannheim zum Staatsanwalt daselbst.

Planmäßig angestellt:

Gerichtsvollzueher Wilhelm Zimmer beim Amtsgericht Hei-
delberg.

Befördert:

Staatsanwalt Wilhelm Treiber in Mannheim nach Hei-
delberg; die Kanzleiaffistenten Julius Kornmeier beim Land-
gericht Waldshut zur Staatsanwaltschaft daselbst und Anton
Wirkung bei der Staatsanwaltschaft Waldshut zum Land-
gericht daselbst.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Gärtner Karl Winter am botanischen Institut der Univer-
sität Heidelberg zum Gartenmeister daselbst.

Befördert:

Studienrat August Spall an der Handelsschule in Haslach
i. S. in gleicher Eigenschaft an der Handelsschule II in Karls-
ruhe.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:

Professor Paul Sturm an der Hochschule in Karlsruhe.

Kraft Gesetzes tritt in den dauernden Ruhestand:

Direktor Dr. August Marg am Gymnasium in Durlach, auf

1. August 1929; Hauptlehrer Rudolf Ehrhardt in Emdingen,

Amt Emmendingen, auf 1. August 1929; Hauptlehrer Emil

Saak in Mannheim, auf 1. August 1929.

Gestorben:

Gerichtsoberwächter Karl Steinmann beim Landgericht
Freiburg.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 4. Mai bis 14. Mai 1929

Im Landestheater:

Samstag, 4. Mai. * B 24. Th.-Gem. 1301—1350. **Oedipus.**
Von Sophokles. Bearbeitet von Lipmann. 20 bis nach 22
(5 M).

Sonntag, 5. Mai. Nachmittags: 12. Vorstellung der Sonder-
miete für Auswärtige: **Der Barbier von Bagdad.** Oper von
Cornelius. 15 bis gegen 17 (4 M).

Abends: * E 24. Th.-Gem. 2. S.-Gr. Sternengebot. Oper
von Siegfried Wagner. 19^{1/2} bis gegen 22^{1/2} (8 M).

Montag, 6. Mai. * Th.-Gem. 1—100 und 1401—1550. **Nathan
der Weise.** Von Lessing. 19^{1/2} bis nach 22^{1/2} (5 M).

Dienstag, 7. Mai. * A 25. **Boccaccio.** Komische Oper von
Suppé. 19^{1/2} bis gegen 22^{1/2} (7 M).

Mittwoch, 8. Mai. * G 25. Zum ersten Male: **Der Diktator.**
Tragische Oper von Krenel. Hierauf: Zum ersten Male:
Das geheime Königreich. Märchenoper von Krenel. Hierauf:
Zum ersten Male: **Schwergeviert ober: die Ehre der Nation.**
Burlaste Operette von Krenel. 20 bis 22^{1/2} (7 M).

Donnerstag, 9. Mai. * D 26 (Donnerstagmiete). Th.-Gem.
601—700. **Die Affrikaner.** Oper von Reherbeer. 19^{1/2}
bis 22^{1/2} (8 M).

Freitag, 10. Mai. * F 25 (Freitagmiete). Th.-Gem. 1351
bis 1400 und 201—300. **Oedipus.** Von Sophokles. Bear-
beitet von Lipmann. 20 bis nach 22 (5 M).

Samstag, 11. Mai. * C 25. Th.-Gem. 1. S.-Gr. Zum ersten
Male: **Gefelschaft.** Schauspiel von Galsworthy. 19^{1/2} bis
22^{1/2} (5 M).

Sonntag, 12. Mai. Vormittags: **Kammer-Tanz.** S. S.
Fürstenu und das Ballett. 11^{1/2} bis 12^{1/2} (2 u. 1 M).

Abends: * B 25. Th.-Gem. 3. S.-Gr. (2. Hälfte). **Don
Giovanni.** Oper von Mozart. 19 bis 22 (8 M).

Montag, 13. Mai. Volksbühne 5. **Tannhäuser.** Von Wag-
ner. Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf frei
gehalten. 19 bis 22^{1/2} (7 M).

Dienstag, 14. Mai. * E 25. Th.-Gem. 3. S.-Gr. (1. Hälfte).
Der Diktator. Tragische Oper von Krenel. Hierauf: **Das
geheime Königreich.** Märchenoper von Krenel. Hierauf:
Schwergeviert ober: Die Ehre der Nation. Burlaste Ope-
rette von Krenel. 20 bis 22^{1/2} (7 M).

Im Städtischen Konzerthaus:

Sonntag, 5. Mai. * Zum ersten Male: **Das silberne Kanin-
chen.** Lustspiel von Möller. 19^{1/2} bis gegen 22 (4,10 M).

Donnerstag, 9. Mai. * **Das silberne Kaninchen.** Lustspiel
von Möller. 19^{1/2} bis gegen 22 (4,10 M).

Sonntag, 12. Mai. * **Das silberne Kaninchen.** Lustspiel von
Möller. 19^{1/2} bis gegen 22 (4,10 M).

In der städtischen Festhalle:

Montag, 6. Mai. Th.-Gem. 3. S.-Gr. (1. Hälfte) und 1351
bis 1400. 10. **Sinfoniekonzert.** Leitung: Josef Reips. So-
listen: Elise Pfant und Magda Strad. (Mähler: II. Sinf-
fonie). 20 bis gegen 21^{1/2} (4 M).

Umtausch für Inhaber von Blodherten: Samstag nachmit-
tags 15^{1/2} bis 17 Uhr.

Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch auch ab
Montag vormittags.

Badische Lichtspiele * Konzerthaus

Samstag, 4. Mai, 16 und 20.15 Uhr, Sonntag 11.15 und 16 Uhr, Montag und
Dienstag jeweils 20.15 Uhr, Mittwoch 16 und 20.15 Uhr

Das größte internationale Sportereignis
Der Kampf der Besten von 47 Nationen

Die olympischen Spiele zu Amsterdam

10 Teile

Erste Wiederbeteiligung Deutschlands nach 16 Jahren

Deutsche Teilnehmer: Frau Radtke-Batschauer, Helene Mayer, Dr. Peltzer,
Hirschfeld, König, Freiherr von Langen u. a.

MUSIKBEGLEITUNG

Preise und Ermäßigungen wie üblich

Kartenvorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße, und im Büro,
Klauprechtstraße 1, 9—1 und 3—4.30 Uhr 531

25
Jahre



Gemeindesparkasse Scherzheim.

Geschäftsbericht für das Jahr 1927.

Vermögen.	RM	Schulden:	RM
Kassenvorrat	5 196,13	Sparenlagen	198 450,92
Darlehen gegen Hypothek	125 106,29	Giroeinlagen und sonstige	15 169,36
Darlehen geg. Schuldschein	86 950,10	Anlehenskapitalien	140 444,72
Darlehen gegen Wechsel	15 210,—	Sonstige Kapitalschul.	30 092,32
Bankguthaben	6 562,41	Aufwertungsstfnd.	4 414,33
Guthaben bei Postfisch	737,23	Ausgaberrückstände	189,03
Darlehen in lauf. Rechnung	153 604,54	Reinvermögen am 31. De- zember 1927	10 862,66
Einnahmerückstände	6 236,69		
Gerätschaften	10,—		
	399 613,39		399 613,39

Scherzheim, den 24. März 1929.

Der Vorsitzende:

Rienk, Bürgermeister.

Der Rechner:

Bertsch.

Druck G. Braun, Karlsruhe

Radetrondhof- Gubmilion.

O.921

Bad. Forstamt Forstheim

Mittwoch, den 15. Mai

1929, vormittags 10 Uhr,

im Hotel Sautter (unteres

Rebenzimmer in Forstheim

von etwa 3900 fm Tannen

und Fichten und 340 fm

Forsten. Nähere Auskunft

und Losberzeichnisse kosten-

frei durch das Forstamt.

Die Erdarbeiten zur Her-

stellung des profilmäßigen

Bahnkörpers der Haupt-

bahn mit 7500 m³ Erde-

bewegung zwischen den Bahn-

höfen Schlinggen und Ef-

ringen sind in 3 Losen

nach der Verdingungsord-

nung für Bauleistungen

Ausgabe 1926 zu vergeben.

Bedingnisheft u. Angebots-

vordrucke liegen bei dem

Reichsbahnbaubeamt auf.

Angebote längstens bis zum

Eröffnungstermin 8. Mai

1929 11^{1/2} Uhr, postfrei mit

Aufschrift: Herstellen des

Bahnkörpers, einzureichen.

Zuschlagsfrist 4 Wochen.

Reichsbahnbaubeamt Bafel, 29.

April 1929. O.929.

Bruchsal. O.922.

Güterrechtsregistertrag:

303, Franz, Maurer in

Oberöwisheim, und Elise

geb. Holz Müller. Vertrag

vom 12. Dezember 1928.

Gütertrennung des BGB.

Bruchsal, den 29. April

1929.

Antsgericht I.

Gengenbach. O.934

GüterrechtsregisterBd. II,

Seite 424: Gjerer, Franz,